

Presseinformation

zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 23. Mai und 24. Mai 2018 in Brandenburg an der Havel

Erneuerbare Energien im ländlichen Raum Chancen nutzen – Herausforderungen meistern

Vortrag: Rückenwind für die Energiewende! Kernforderungen der Umweltverbände

Referentin: Antje von Broock, Stellv. Geschäftsführerin Politik&Kommunikation, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Kurzfassung

Der BUND ist ein föderal und basisdemokratisch überparteilicher und nicht konfessionsgebundener Verein mit etwa 500.000 Mitgliedern und Förderer*innen. Wir arbeiten auf Bundesebene und in 16 Landesverbänden zu Natur- und Klimaschutz, zu Luft- und Wasserqualität, zu Verbraucherthemen und Rechtsfragen.

Die Energiewende ist für den BUND kein Selbstzweck. Unser Engagement für eine Energiewende hin zu 100 % Erneuerbare dient dem Klimaschutz und dem Ausstieg aus der gefährlichen Atomkraft. Wir müssen rasch mit den Emissionen runter, um unumkehrbare Veränderungen unserer Lebenswelt zu verhindern, und raus aus der riskanten Atomenergie.

Je später wir handeln, desto drastischer müssen wir agieren.

Die deutschen und europäischen Klimaziele müssen an die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens angepasst werden: Dabei geht es um eine weitgehende Dekarbonisierung der Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Aber, Deutschland steht beim Klimaschutz skandalös schlecht da. Das deutsche Klimaziel für 2020 (40 % weniger Treibhausgase als 1990) wird deutlich verfehlt werden. Die CO₂-Emissionen sind hierzulande seit dem Jahr 2009 nicht mehr gesunken.

Wie konnte das passieren? Wieso ist aus dem ‚Klimachampion Deutschland‘ ein Nachsitzer geworden?

- Nach wie vor werden enorme Mengen an Kohle für die Stromgewinnung verbrannt. Windkraftanlagen müssen sogar runtergeregelt werden, weil die Kohle die Stromleitungen verstopft.

- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde von der letzten Regierung gebremst und gedeckelt. Die avisierten Ausbaumengen sind nicht mit den Klimazielen in Einklang. Die Ausschreibepflicht benachteiligt die Bürgerenergie – der eigentliche Motor der Energiewende.
- Effizienz und Energiesparen sind immer noch nicht en vogue. Statt teurer Werbekampagnen bräuchten wir eine abgestimmte Förderung und Koordination von Energiesparmaßnahmen.

Um das Klimaziel 2020 noch einzuhalten, muss nun schnell der Kohleausstieg eingeleitet werden. Bis 2020 muss etwa die Hälfte der Kapazitäten abgeschaltet sein. Dass dies möglich ist, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, zeigen wir in unserem Abschaltplan für AKW und Kohle (https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/kohle/kohle_bund_abschaltplan_kohle_atom.pdf).

Wenn wir den Energieverbrauch nicht mind. um 50 % senken, ist eine sozial und ökologisch tragbare Energiewende nicht möglich.

Außerdem muss der naturverträgliche Ausbau Erneuerbarer Energien wieder Fahrt aufnehmen. Neben der Abschaffung des Ausbaudeckels braucht es Konzepte zur fairen Beteiligung der Bürgerenergie. Die Bürgerenergie ist der Motor der Energiewende. Ganz nebenbei bringt dies Teilhabe, Demokratie und Transparenz in einen zentralen Bereich unserer Wirtschaft. Das ist für die Akzeptanz wichtig und die Akzeptanz wird immer wichtiger, je rascher der Ausbau erfolgt.

Auf dem Land müssen wir den Ausbau im Einklang mit der Natur voranbringen. Natur ist schon heute und war schon vor dem Boom der Windkraft vielfältig unter Druck. Der vielzitierte Vogelschlag an der Windkraftanlage ist eine wesentlich geringere Gefahr als die Nahrungsmittelknappheit durch Monokulturen in der Landwirtschaft, den Verkehr und Glasfassaden. Wir müssen also an vielen Fronten den Natur- und den Artenschutz stärken, damit die Windkraft als zusätzliche Gefahrenquelle das Fass nicht zum Überlaufen bringt.

Forderungen des BUND:

- Die nationalen und EU-Klimaziele müssen in Einklang mit dem **Pariser Abkommen** gebracht werden:
- nahezu 100 % CO₂-Reduktion bis 2050.
- Um dies zu erreichen, brauchen wir gesetzlich verankerte **Reduktionsvorgaben** für die einzelnen Sektoren (Klimaschutzgesetz).
- den **Kohleausstieg jetzt** beschließen und sozial verträglich bis vor 2030 umsetzen;
- **erneuerbare Energien** deutlich schneller naturverträglich **ausbauen** und die **Bürgerenergie erhalten**;
- eine verbindliche **Energiespar-Strategie** beschließen und entsprechende Energiesparprogramme **ausreichend finanzieren**;
- das Baugesetzbuch, Energieeinsparrecht und Mietrecht reformieren, um **energetische Sanierungen voranzutreiben**;
- wegen des hohen Risikos der noch laufenden Atomkraftwerke muss der Atomausstieg beschleunigt werden.